

Zuständigkeitsordnung der Stadt Bad Berleburg

Aufgrund des § 41 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 09. Oktober 2007 (GV.NRW S. 380), hat die Stadtverordnetenversammlung am 16. Juni 2008 folgende Zuständigkeitsordnung beschlossen:

Inhaltsübersicht:

- § 1 Allgemeines
- § 2 Bürgermeister
- § 3 Haupt- und Finanzausschuss
- § 4 Rechnungsprüfungsausschuss
- § 5 Wahlprüfungsausschuss
- § 6 Betriebsausschuss (Eigenbetrieb Stadtwerke)
- § 7 Ausschuss für Planen, Bauen, Wohnen
- § 8 Ausschuss für Bürgerdienste
- § 9 Inkrafttreten

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Ausschüsse beraten alle Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches vor, über die die Stadtverordnetenversammlung entscheidet. Diese Regelung gilt nicht bei Dringlichkeitsentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses gemäß § 60 Gemeindeordnung und des Werksausschusses gemäß § 6 Abs. 2 und 3 der Betriebssatzung. Die Stadtverordnetenversammlung kann im Einzelfall beschließen, dass die Vorberatungen durch Ausschüsse entfällt, sofern nicht sondergesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.
- (2) Die Zuständigkeit der Ausschüsse kraft Gesetzes und aufgrund sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie die Zuständigkeit des Bürgermeisters gemäß § 41 Abs. 3 Gemeindeordnung werden durch diese Zuständigkeitsordnung nicht berührt.
- (3) Die Ausschüsse können in besonderen Fällen, soweit sie zur Entscheidung ermächtigt sind und gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches dem Bürgermeister zur Entscheidung übertragen.

§ 2 Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, welche Angelegenheiten nach § 41 Abs. 3 der Gemeindeordnung in seine Zuständigkeit fallen.
- (2) Der Bürgermeister entscheidet über:

- 2.1 die Stundung und Niederschlagung sowie der Erlass von Forderungen, soweit nicht nach § 3 der Haupt- und Finanzausschuss zuständig ist,
- 2.2 die befristete und unbefristete Niederschlagung von Forderungen bis zu 6.000,00 Euro,
- 2.3 den Erlass von Forderungen bis 1.500,00 Euro,
- 2.4 den Abschluss und die Aufhebung von Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen, soweit aus diesen Verträgen jährlich Miet-, Pacht- oder Entgeltzahlungen von nicht mehr als 15.000,00 Euro entstehen.
- 2.5 Beschaffung im Werte bis zu 30.000,00 Euro im Einzelfall sowie über alle öffentlichen, beschränkten oder freihändigen Vergaben bei Aufträgen im Baugewerbe bis zu 30.000,00 Euro,
- 2.6 Klageerhebungen vor Gericht, sofern der Streitwert 6.000,00 Euro nicht übersteigt,
- 2.7 den Abschluss von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen über Forderungen bis zu 6.000,00 Euro,
- 2.8 den Abschluss von Rechtsgeschäften über den Erwerb und die Veräußerung von unbebauten Grundstücken
 - a) in Wohnbaugebieten, für deren Vermarktung ein Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vorliegt,
 - b) soweit sie mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen zusammenhängen und im Einzelfall einen Wert in Höhe von 15.000,00 Euro nicht übersteigen,jeweils einschließlich der Begründung von dinglichen Rechten an derartigen Grundstücken,
- 2.9 den Abschluss von Versicherungsverträgen.

§ 3

Haupt- und Finanzausschuss

- (1) Der Haupt- und Finanzausschuss ist zuständig für die Vorbereitung aller Angelegenheiten, über die die Stadtverordnetenversammlung entscheidet, sofern nicht ein Fachausschuss zuständig ist.
- (2) Er ist für die Entscheidung in den Fällen zuständig, in denen nach dieser Zuständigkeitsordnung zuständige Ausschüsse nicht zu einem übereinstimmenden Beschluss kommen. Ferner dann, wenn Streit über die Zuständigkeit zwischen einem Fachausschuss und dem Bürgermeister besteht.
- (3) Er entscheidet in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, falls eine Einberufung der Stadtverordnetenversammlung nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 GO).
- (4) Bei Planung von Verwaltungsaufgaben besonderer Bedeutung (§ 61 GO) ist er rechtzeitig zu beteiligen.
- (5) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bürgermeister und den Beigeordneten hat er die Aufgabe zu vermitteln (§ 70 Abs. 4 GO).

- (6) Er berät alle dienstrechtlichen Entscheidungen gemäß § 16 der Hauptsatzung vor.
- (7) Er entscheidet über den Erwerb von Mitgliedschaften in Organisationen, Verbänden und Vereinen
- (8) Er legt die Bestimmungen über die Ehrungen von Alters-, Ehe- und Vereinsjubiläen fest.
- (9) Er bereitet die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan vor und trifft die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit hierfür nicht andere Ausschüsse oder der Bürgermeister zuständig sind.
- (10) Er entscheidet über:
 - 10.1 bestimmte Angelegenheiten, die ihm von der Stadtverordnetenversammlung übertragen werden,
 - 10.2 die Stundung von Zahlungsforderungen, wenn sie im Einzelfall:
6.000,00 Euro übersteigen und länger als 5 Jahre,
15.000,00 Euro übersteigen und länger als 1 Jahr laufen sollen,
 - 10.3 die befristete und unbefristete Niederschlagung von Forderungen über 6.000,00 Euro,
 - 10.4 den Erlass von Forderungen über 1.500,00 Euro,
 - 10.5 die Vergabe von Aufträgen über 30.000,00 Euro, soweit nach dieser Zuständigkeitsordnung nicht ein Fachausschuss zuständig ist,
 - 10.6 den Abschluss und die Aufhebung von Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen, soweit aus diesen Verträgen jährlich Miet-, Pacht- oder Entgeltzahlungen von mehr als 15.000,00 Euro entstehen,
 - 10.7 Beschaffung im Werte von mehr als 30.000,00 Euro im Einzelfall, falls ein Fachausschuss nicht zuständig ist sowie über alle öffentlichen, beschränkten oder freihändigen Vergaben bei Aufträgen im Baugewerbe von 80.000,00 Euro bis 150.000,00 Euro, soweit sich die Stadtverordnetenversammlung nicht die Entscheidung im Einzelfall vorbehält.
- (11) Der Haupt- und Finanzausschuss berät über den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksrechten sowie über die Entwicklung des städtischen Grundvermögens.
- (12) Er berät über die Errichtung, Erhaltung und Verwaltung aller städtischen Gebäude und Liegenschaften einschließlich finanzieller, wirtschaftlicher und vertraglicher Angelegenheiten des Rothaarbades.
- (13) Er berät über die Festsetzung von Gebühren.
- (14) Er berät über Angelegenheiten des Streitwaldes Wunderthausen.
- (15) Er berät über Angelegenheiten im Bereich Wirtschaftsförderung:
 - 15.1 Grundsätzliche Fragen der Wirtschaftsförderung, Standortsicherung, Gewerbeansiedlung, Existenzgründung und des Stadtmarketings,
 - 15.2 Beratung bei Ansiedlung von wirtschaftlichen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen,

- 15.3 Planung von Veranstaltungen und Projekten zur Förderung junger und etablierter Wirtschaftsunternehmen,
 - 15.4 Pflege der Beziehungen zu Verbänden und Organisationen der Wirtschaft, Industrie und Handwerk,
 - 15.5 Optimierung von Standortfaktoren, insbesondere auch im Bereich des Gesundheitswesens als Klinikstandort Bad Berleburg,
 - 15.6 Akquisition von Investoren.
- (16) Er berät über Angelegenheiten im Bereich Tourismus:
- 16.1 Beratung über wesentliche Touristikangelegenheiten,
 - 16.2 Entscheidung über Werbeangelegenheiten im Rahmen der durch den Haushaltsplan hierfür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel,
 - 16.3 Beratung über alle Angelegenheiten nach dem Kurortgesetz und der Kurortverordnung,
 - 16.4 Angelegenheiten des Bad Berleburg Markt und Tourismus e.V.
- (17) Er berät über Angelegenheiten des Zweckverbandes Region Wittgenstein.

§ 4 Rechnungsprüfungsausschuss

Der Rechnungsprüfungsausschuss tritt zur Erfüllung der ihm nach § 103 Gemeindeordnung übertragenen Aufgaben zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern.

§ 5 Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss hat die gegen die Wahl erhobenen Einsprüche sowie die Gültigkeit der Wahl von Amtswegen vorzuprüfen. Er macht der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag über den von ihr im Wahlprüfungsverfahren zu fassenden Beschluss.

§ 6 Betriebsausschuss (Eigenbetrieb Stadtwerke)

- (1) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und die Eigenbetriebsverordnung übertragen sind. Darüber hinaus entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich übertragenen Aufgaben. Er entscheidet ferner über:
- 1.1 Feststellung der allgemeinen Lieferbedingungen,
 - 1.2 Beschaffung im Werte ab 30.000,00 Euro im Einzelfall sowie über alle öffentlichen, beschränkten oder freihändigen Vergaben bei Aufträgen im Baugewerbe ab 30.000,00 Euro bis 80.000,00 Euro soweit nicht die Stadtverordnetenversammlung sich die Entscheidung im Einzelfall vorbehält, mit Ausnahme von eilbedürftigen Arbeiten, die zur

Beseitigung von Betriebsstörungen von der Betriebsleitung zu veranlassen sind. Die Beträge verstehen sich ausschließlich Umsatzsteuer,

- 1.3 Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 14 EigVO,
- 1.4 Zustimmungen zu Mehrausgaben im Vermögensplan gemäß § 14 Abs. 2 dieser Satzung,
- 1.5 Stundungen von Zahlungsforderungen, wenn sie im Einzelfall 3.000,00 Euro übersteigen und länger als 5 Jahre oder 15.000,00 Euro übersteigen und länger als 1 Jahr laufen sollen,
- 1.6 Niederschlagung von Forderungen von 3.000,00 bis 15.000,00 Euro,
- 1.7 Erlass von Forderungen von 1.500,00 bis 6.000,00 Euro
- 1.8 Pacht-, Miet-/Leasing- und sonstige Verträge, wenn sie im Einzelfall 15.000,00 Euro übersteigen,
- 1.9 Vermögensveräußerungen außerhalb der Grundstücksangelegenheiten, wenn sie im Einzelfall 15.000,00 Euro übersteigen,
- 1.10 Mitwirkung in Personalangelegenheiten gemäß § 10 Abs. 2 der Betriebssatzung,
- 1.11 Benennung des Abschlussprüfers.

§ 7

Ausschuss für Planen, Bauen, Wohnen

Der Ausschuss beschäftigt sich insbesondere mit der kurz-, mittel- und langfristigen Anpassung der Stadt Bad Berleburg als Wohnstandort an sich verändernde gesellschaftliche und demographische Gegebenheiten.

Er berät über Angelegenheiten

1. der Stadtentwicklung:

- 1.1 überörtliche raumrelevante querschnittsorientierte Planungen wie Gebietsentwicklungspläne, Landesentwicklungspläne und Raumordnungspläne,
- 1.2 örtliche raumrelevante querschnittsorientierte Planungen wie Stadtentwicklungskonzepte, städtebauliche Rahmenpläne und Dorfentwicklungspläne,
- 1.3 Fachplanungen zur Entwicklung der öffentlichen und privaten Infrastruktur wie Einzelhandelskonzepte, Verkehrskonzepte

2. der Stadtplanung:

- 2.1 Bauleitplanung,
- 2.2 Aufstellung von sonstigen städtebaulichen Satzungen.

3. von Baumaßnahmen:

- 3.1 städtische Tiefbaumaßnahmen einschließlich Wirtschaftswegebaumaßnahmen hinsichtlich Planung, Vergabe, Ausführung und Bauüberwachung einschließlich Baumaßnahmen, die von den Wasserbeschaffungsverbänden ausgelöst werden. Ausgenommen sind Baumaßnahmen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung, die in die Zuständigkeit des Betriebsausschusses fallen.
- 3.2 städtische Hochbaumaßnahmen hinsichtlich, Planung, Vergabe, Ausführung und Bauüberwachung.
4. in allgemeinen Bauangelegenheiten:
 - 4.1 Bauangelegenheiten, zu denen der Bürgermeister sowohl in planerischer als auch in erschließungsrechtlicher Hinsicht eine ablehnende Stellungnahme gegenüber der Unteren Bauaufsichtsbehörde abzugeben beabsichtigt,
 - 4.2 örtliche Bauvorschriften und sonstige Satzungen wie Gestaltungssatzung, Denkmalschutzsatzung,
 - 4.3 Angelegenheiten des Denkmalschutzes für Bau- und Bodendenkmäler,
 - 4.4 private und öffentliche Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung.
5. Landwirtschaft:
 - 5.1 Beratung aller Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft stehen,
 - 5.2 Verfügungen über städtische Fischerei-, Jagd- und ähnliche Rechte sowie sämtliche Forstangelegenheiten.
6. Umweltangelegenheiten:
 - 6.1 Beratung aller Fragen, die mit der ökologischen Lebensqualität der Bürger im Zusammenhang stehen,
 - 6.2 Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes,
 - 6.3 Angelegenheiten der Müllbeseitigung,
 - 6.4 Angelegenheiten der Straßenreinigung
 - 6.5 Angelegenheiten des Friedhofs- und Bestattungswesens.
7. Gewerbe, Sicherheit und Ordnung
 - 7.1 Allgemeine Gefahrenabwehr,
 - 7.2 Brandschutz,
 - 7.3 Gewerbeangelegenheiten,
 - 7.4 Verkehrswesen.

Der Ausschuss entscheidet über die Beschaffung im Wert von 30.000,00 Euro bis 80.000,00 Euro im Einzelfall sowie über alle örtlichen, beschränkten oder freihändigen Vergaben bei Aufträgen im

Baugewerbe von 30.000,00 Euro bis 80.000,00 Euro, soweit nicht die Stadtverordnetenversammlung sich die Entscheidung im Einzelfall vorbehält. Ferner entscheidet der Ausschuss über die Vergabe von Planungsaufträgen für Bauleitplanverfahren im Wert von 30.000,00 Euro bis 80.000,00 Euro.

§ 8 Ausschuss für Bürgerdienste

Der Ausschuss beschäftigt sich insbesondere mit der kundenorientierten Ausrichtung der Dienstleistungen, bei der die unterschiedlichen Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden sollen.

Der Ausschuss berät über Angelegenheiten

1. der Kinder und Jugendförderung:

- 1.1 die Errichtung, Erhaltung und Verwaltung von städtischen Jugendeinrichtungen etc.,
- 1.2 Grundsatzentscheidungen bei der städtischen Jugendarbeit,
- 1.3 Grundsatzentscheidungen bei der Gewährung von Zuschüssen an Vereine, die Jugendpflege betreiben,
- 1.4 aktuelle Kinder- und Jugendfragen,
- 1.5 Angelegenheiten, die Kinder betreffen:
Fragen in den Bereichen Sicherheit im Straßenverkehr, Gewalt gegen Kinder, Beachtung besonderer Belange der Kinder in der Umweltpolitik und Berücksichtigung in der Gesellschaftspolitik,
- 1.6 Kinderspielplätze
- 1.7 Tageseinrichtungen für Kinder

2. der Schulen:

- 2.1 alle wichtigen äußeren Schulangelegenheiten der öffentlichen Schulen der Stadt Bad Berleburg,
- 2.2 Mitwirkung in Verfahren zur Besetzung von Stellen der Schulleitung gemäß § 61 Abs. 4 Schulgesetz.

3. der Kultur und Erwachsenenbildung:

- 3.1 Beratung kultureller Angelegenheiten und Maßnahmen von besonderer Bedeutung,
- 3.2 Erarbeitung von Grundsätzen zur Gewährung von Zuschüssen an kulturelle Einrichtungen und Vereine,
- 3.3 Angelegenheiten der Bücherei und des Museums der Stadt Bad Berleburg,
- 3.4 Angelegenheiten der Musikschule Wittgenstein, Bad Berleburg e. V. und der Volkshochschule
- 3.5 Angelegenheiten des Archivs

4. im Bereich Sportförderung:

- 4.1 Grundsatzentscheidungen bei der Überlassung von Turnhallen, Sportplätzen und Sportheimen an Vereine und sonstige Gruppen einschließlich der zu entrichtenden Benutzungsgebühren bzw. Entgelten,
- 4.2 Grundsatzentscheidungen bei der Förderung der Turn- und Sportvereine durch Bereitstellung oder durch Hilfe bei der Errichtung von Sport- u. Übungsplätzen etc.,
- 4.3 Grundsatzentscheidungen bei der Gewährung von Zuschüssen an Turn- und Sportvereine,
- 4.4 Inanspruchnahme von städtischen Sportplatzgeländen und städtischen Sportanlagen für andere als sportliche Zwecke,
- 4.5 Angelegenheiten des Rothaarbades in sportfachlicher Hinsicht.

Zudem befasst sich der Ausschuss mit sozialpolitischen Fragen und berät über:

1. Allgemeine soziale Fragen und Angelegenheiten
2. Aufnahme und Unterbringung sowie Integration und Betreuung von Aussiedlern und Asylbewerbern
3. Maßnahmen und Planungen für Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
4. Senioreneinrichtungen und Seniorenbetreuung
5. Fragen in der Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen und Verbänden sowie Beratungsdiensten
6. Angelegenheiten des Bürgerservice.

Der Ausschuss entscheidet in seinem Bereich über Beschaffungen im Wert von 30.000,00 Euro bis 80.000,00 Euro im Einzelfall, soweit sich nicht die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung im Einzelfall vorbehält.

§ 9
Inkrafttreten

Die Zuständigkeitsordnung tritt am 01. Juli 2008 in Kraft. *)

Gleichzeitig tritt die bisherige Zuständigkeitsordnung außer Kraft.

*) Die 1. Änderung ist am 17.11.2009 in Kraft getreten (Beschluss vom 16.11.2009).